

Perspektivische Ansicht vom Hohenzollern-Platz.

# DEUTSCHE BAUZEITUNG

55. JAHRGANG. NO 52. BERLIN, DEN 2. JULI 1921.

\*\*\* HERAUSGEBER: DR.-ING. h. c. ALBERT HOFMANN. \*\*\*  
 Alle Rechte vorbehalten. Für nicht verlangte Beiträge keine Gewähr.

## Das Haus des Deutschen Werkbundes auf den Frankfurter Internationalen Messen.

Architekt: Fritz Voggenberger in Frankfurt am Main. Hierzu die Abbildung S. 227.



Die Frankfurter internationalen Messen ringen nach Vergrößerung des inneren Wertes ihrer Erzeugnisse und nach räumlicher Ausdehnung. Zu diesem Zweck haben sich der „Deutsche Werkbund“ und die Leitung der Messen in Frankfurt am Main zu gemeinsamer Arbeit vereinigt, mit dem Ziel, dem deutschen kunstgewerblichen Schaffen bei höchster Leistungsfähigkeit eine geschlossene und eindrucksvolle Vertretung auf den Messen in Frankfurt zu sichern. „Die Messeleitung“, heißt es in einer verbreiteten Flugschrift, „indem sie sich mit dem Deutschen Werkbund zu einer entschlossenen Bejahung des Qualitäts-Gedankens vereinigt, will eine Leistung vollbringen, die keinen lokalen Charakter hat, sondern für die Bewertung deutscher Erfinderkraft, deutschen Geschmacks und deutscher Arbeitsleistung schlechthin bedeutsam und vorbildlich werden wird“. Für die Durchführung dieses Planes soll ein besonderes Gebäude errichtet werden, das eine kunstgewerbliche Messeschau aufnehmen soll. Die Arbeitsgemeinschaft des Deutschen Werkbundes für den Mittelrhein hatte zur Gewinnung von Entwürfen für ein Werkbund-Messehaus einen engeren Wettbewerb unter einer Anzahl von Frankfurter Architekten, die dem Werkbund angehören, ausgeschrieben, aus dem der hier dargestellte Entwurf von Fritz Voggenberger als baukünstlerisch wie

ausstellungstechnisch gleich glücklicher Plan siegreich hervorging. Dem Künstler wurde auch die Bauausführung übertragen. Die Bauarbeiten sind bereits im Frühjahr dieses Jahres begonnen worden und werden mit solchem Nachdruck gefördert, daß man hofft, das Haus bis zur bevorstehenden Herbstmesse seiner Bestimmung übergeben zu können.

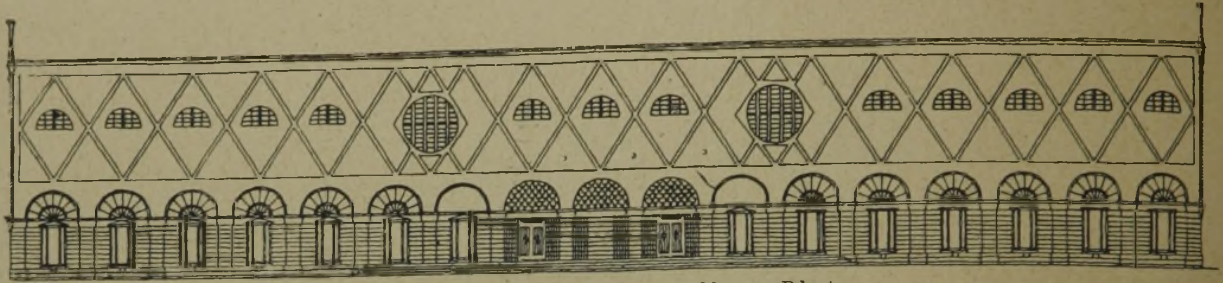
Für die Grundriß-Gestaltung und die Aufteilung des Raumes in diesem eigenartigen Haus war die Absicht ausschlaggebend, helle, zweckmäßige Ausstellungsräume zu schaffen und der Ausstellung als Gesamtbild einen gemeinsamen, die Einzelheiten zu einem vollen Akkord zusammenfassenden Charakter zu geben. Die Ausstattung soll daher einheitlich und unter Vermeidung alles Aufdringlichen vorgenommen werden. Das Ausstellungsgut soll zu voller Wirkung kommen. Auf die kunstgewerblichen Werkstätten und Häuser wird die Hoffnung gesetzt, daß sie ihre besten Kräfte dafür einsetzen, durch sorgfältige Auswahl des Ausstellungsgutes dem weitblickenden Plan zu vollem Gelingen zu verhelfen.

Wie aus den Abbildungen hervorgeht, hat das Gebäude langgestreckte rechteckige Form und ist zwischen zwei Flügelbauten, die aus der Abbildung am Kopf zu erkennen sind, so eingespannt, daß seine Hauptansicht am Hohenzollern-Platz liegt. Das Haus baut sich in 3 Geschossen auf: in einem Kellergeschoß, einem Erdgeschoß und einem Obergeschoß. Es erhebt sich in breiter Lagerung. Das Kellergeschoß enthält in den Seiten-

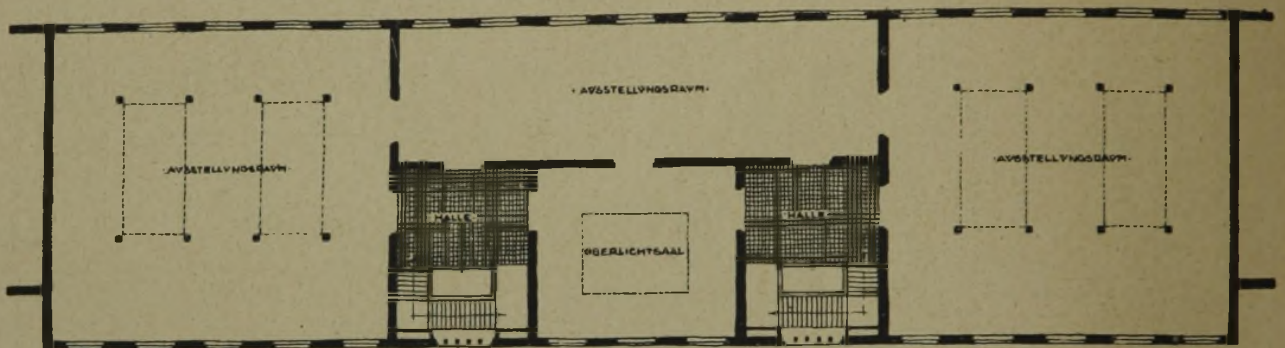


teilen umfangreiche Kistenräume, im Mittelbau nach vorn die Räume für Kohlen und Heizung. In den Mittelbau ist nach rückwärts ein langgestreckter Saal mit Bühne und Logen eingebaut für Vorträge und Vorführungen künstlerischer Art. Diesem Saal sind zwei Hallen vorgelagert, die durch einen Verbindungsgang hin-

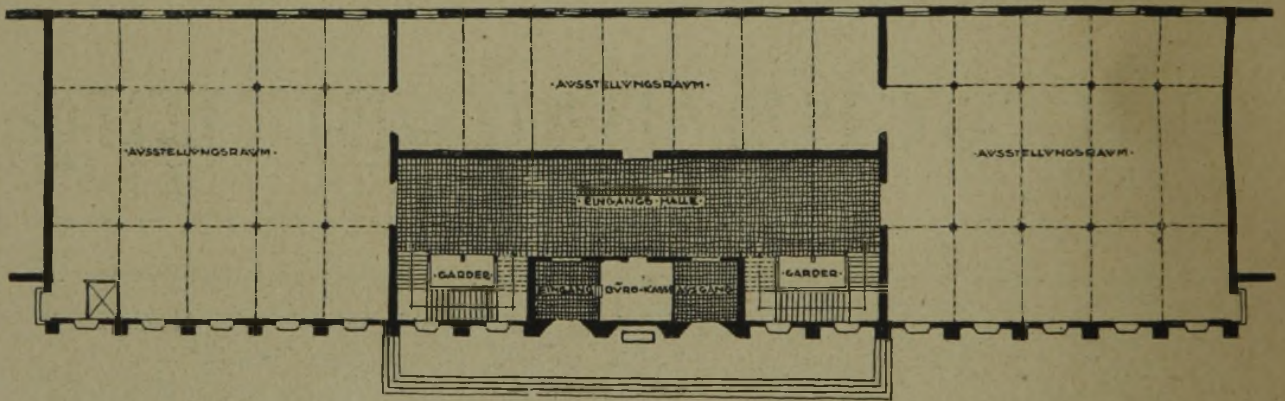
gang, beide getrennt durch einen kleinen Büroraum mit Kasse. Alle übrigen Grundflächen sind Ausstellungsraum. Das gleiche System wiederholt sich im Obergeschoß, wo zu drei großen Ausstellungssälen, die mit Seiten- und mit Oberlicht ausgestattet sind, zwischen den beiden Treppenhäusern ein vierter, fast qua-



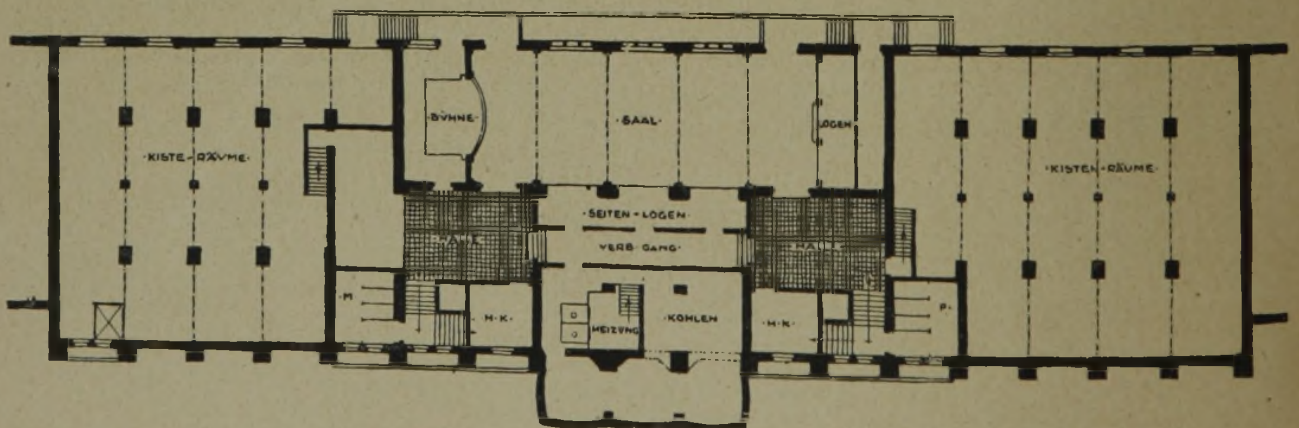
Hauptansicht am Hohenzollern-Platz.



Obergeschoß.



Erdgeschoß.



Kellergeschoß.

ter den Seitenlogen mit einander verbunden sind und durch zwei geräumige Treppen mit dem Erdgeschoß in Beziehung stehen. Dieses ist überaus einfach gegliedert. Es enthält als Mittelpunkt eine große Eingangshalle, an der links und rechts zwei geräumige Treppen mit Garderoben, die ihr Licht von der Fassade erhalten, liegen. Dazwischen liegen, über mehrere Stufen einer Terrasse von außen zugänglich, der Ein- und der Aus-

dratischer Saal mit Seiten- und Oberlicht tritt. Sehr eigenartig ist die Art des Aufbaues. Sie erinnert durch die Behandlung der Bogenstellungen des Erdgeschosses und durch die Flächenbehandlung des Obergeschosses entfernt an den Aufbau des Dogenpalastes in Venedig. Die Aufnahme des Mittelbaues nach dem Modell läßt die Einzelheiten erkennen, deren Wirkung jedoch nach der Ausführung beurteilt werden muß. —



## Großwasserkräfte an der Main—Donau-Wasserstraße.

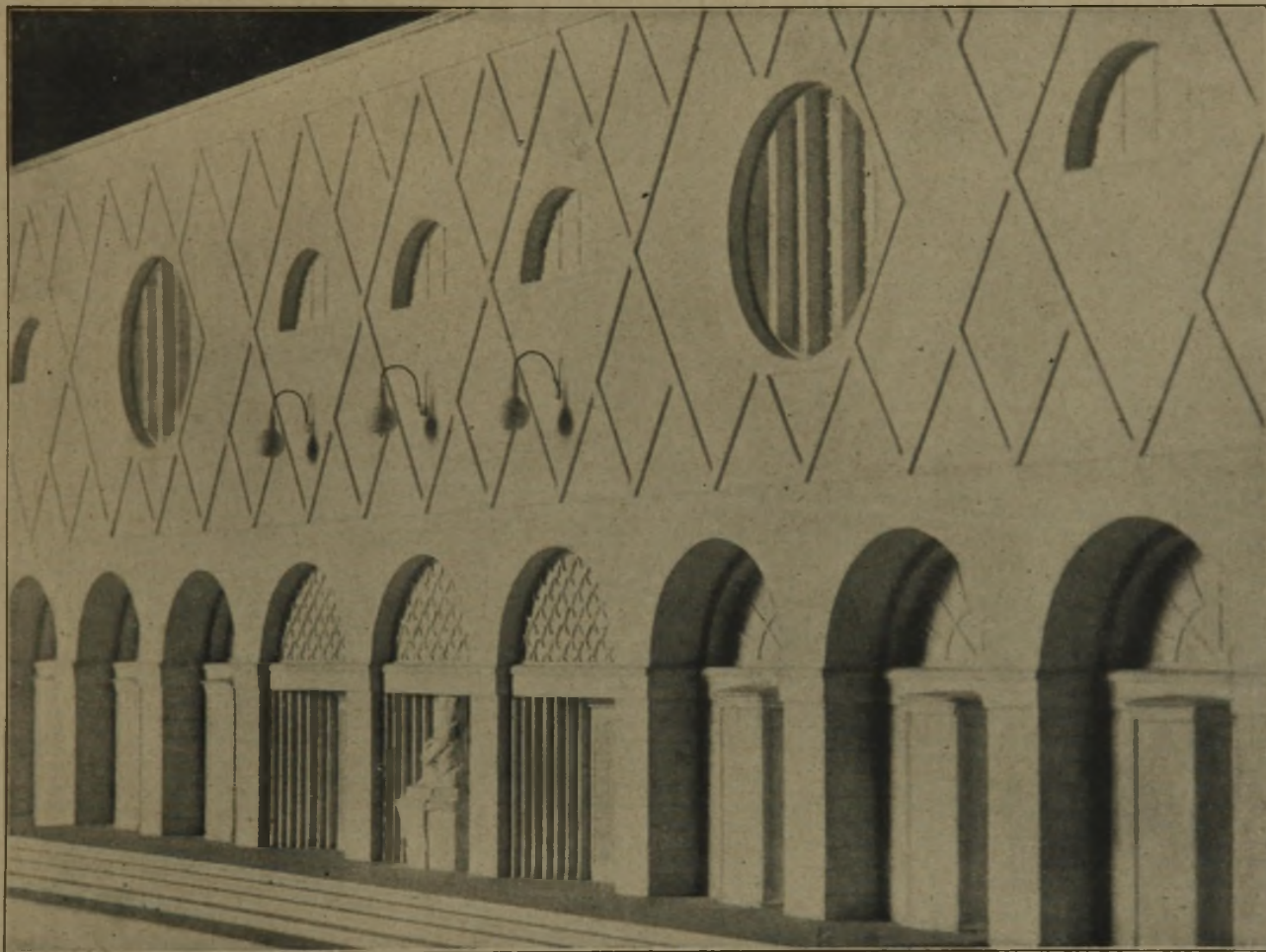
Von Zivilingenieur Johann Hallinger in München.

**D**er Plan, die Donau mit dem Rhein zu verbinden, ist alt. Kaiser Karl der Große hat sich bereits damit beschäftigt. Aus jüngster Zeit stammt nun der württembergische Nekar—Donau-Plan, ferner der Plan eines Oder—Donau-Kanales, während Bayerns Main—Donau-Kanalpläne älteren Datums sind.

Die Notwendigkeit, eine Wasserstraßen-Verbindung vom Rhein zur Donau zu schaffen, hat 1917 unter Beteiligung Bayerns, des Reiches und einzelner Wirtschafts-Verbände den Main—Donau-Stromverband ins Leben gerufen. Diesem war die Aufgabe gestellt, die beste Lösung dafür ausfindig zu machen und einen baureifen Entwurf zu bearbeiten. In seine Arbeit fielen der Zusammenbruch und als dessen Folge die Preissteigerung, das Darniederliegen des

selbst bei der Verteuerung die Wirtschaftlichkeit des großen Unternehmens im Voraus. Wasserkraft-Ausnutzung im Großen muß aber gemeinsam mit dem Großschiffahrtsweg gelöst werden. Beide Aufgaben müssen sich vereinigen. Will man auch nur eine derselben zur Durchführung bringen.

Längst bevor von irgend einer Seite die Lösung der Main—Donau-Kanalfrage durch den Ertrag der Wasserkraft angeregt war, habe ich als Mitglied des Technischen Ausschusses und des Hauptausschusses im Main—Donau-Stromverband diesen Plan und seine Abstützung auf den Ertrag der Wasserkraft in der Sitzung des Strombeirates vom Okt. 1919 (vergl. M. N. N. vom 22. Okt. 1919) vorgetragen. Eine Beachtung haben meine Vorschläge aber damals noch nicht gefunden. Die Ueberzeugung, daß nur die Wasserkraft das Unternehmen durchziehen kann, hatte sich damals noch



Ansicht des Mittelbaues nach dem Modell.  
Das Haus des Deutschen Werkbundes auf den Frankfurter Internationalen Messen.  
Architekt: Fritz Voggenberger in Frankfurt am Main.

Schiffahrts- und Eisenbahn-Verkehres mit den großen Verlusten im deutschen Verkehrswesen, also eine vollständig veränderte Wirtschaftslage. Damit war der Gedanke, nach glücklich beendetem Krieg den Main—Donau-Kanal zur Durchführung zu bringen und diesen nur für Schiffahrt auszugestalten, zerschlagen. Die Durchführung neuer Verkehrswege mit Milliarden-Aufwand muß angesichts der Verlustwirtschaft undenkbar sein. Deutschland kann sich nicht neue Wettbewerber für das Verkehrswesen schaffen, bevor dieses nicht wieder auf der Höhe ist. Auf der anderen Seite aber taucht das Gespenst des Kohlenmangels und damit die Notwendigkeit, Wasserkräfte zu erschließen, auf. So war die Zeit für meinen Plan, mit dem Main—Donau-Kanal große Wassermengen aus dem Süden in das tief gelegene Maingebiet überzuleiten, um Wasserkräfte in großem Umfang zu gewinnen und diese ohne Anwendung elektrischer Fernleitungen auf hydraulischem Weg nach Mitteldeutschland in ein wasserkraftarmes und aufnahmefähiges Wirtschaftsgebiet zu übertragen, hereingebrochen. Die Großwasserkraft soll hier die Trägerin für die Lasten aus dem Unternehmen sein. Die Einnahmen aus den Main—Donau-Wasserkraften sichern

nicht Bahn gebrochen. Aus diesem Grund habe ich die Bearbeitung des Planes selbst durchgeführt und das Ergebnis in einer Denkschrift\*) zusammengefaßt, die im Herbst 1920 herausgekommen ist.

Wie 1914/15 meine Arbeiten für bessere Ausnutzung der Niederdruck-Wasserkräfte durch stärkere Heranziehung der Nutzwassermenge und vor allem durch bessere Gefälls-Ausbeutung\*\*) angegriffen wurde, so wird nun auch diese meine neue Arbeit für die Main—Donausache angefochten. Im Jahr 1914/15 habe ich der Technik den Nachweis geliefert, daß durch Einschränkung des Gefälls-Verlustes auf Wasserkraft-Kanälen die Gefälls-Ausbeute von 40—50 % auf 90—98 %, und durch Miteinbeziehung größerer Nutzwassermengen auch die Leistung der Niederdruck-Wasserkräfte ganz erheblich gesteigert werden kann. Die staatlicherseits festgestellte Leistung der bayerischen Großwasserkräfte zu 400 000 oder 500 000 PS. wird durch diese bes-

\*) Hallinger, „Die Großwasserkräfte an der Main—Donau-Wasserstraße“, Verlag J. C. Huber, Diessen vor München, Preis Mk. 32. —

\*\*) Hallinger, „Die Höchstaubeute“, „Zeitschrift des Vereins deutscher Ingenieure“, Jahrg. 1917, Seite 187—262.



sere Ausbeute auf 1,5 oder 2 Millionen PS. gesteigert, und voll der Kritik und voll der Bedenken war man damals. In einem in der Obersten Baubehörde im Staatsministerium des Inneren ausgearbeiteten und am 13. März 1919 im „Oberbayerischen Architekten- und Ingenieur-Verein“ zu München gehaltenen Vortrag wurden sogar meine Arbeiten mit dem Versuch, aus dem gefällslosen Nymphenburger Kanal tausende von PS. zu gewinnen, in Beziehung gebracht. Inzwischen hat aber die bayerische Staatsregierung die größere Wasserkraft-Leistung bei besserer Ausbeute selbst zugegeben. Meinen damaligen Forderungen, unter anderem die Inn-Wasserkraften nicht unter 350 cbm/Sek. auszubauen, wurde in diesem Vortrag entgegen gehalten, daß die unternehmende Gesellschaft den ganzen Plan aufgeben, wenn von der gewählten Wassermenge zu 150 cbm/Sek. abgegangen werden müßte und heute ist der Ausbau für die Wasserführung von 350 cbm/Sek. in vollem Gang. Heute sind die mit Millionenaufwand durchgeführten staatlichen Untersuchungen für die bayerischen Wasserkraften aufgegeben und meine Arbeiten mit einem Mehrertrag von 1,5 Millionen PS. staatlicherseits anerkannt. Nun sind meine Arbeit und meine Schrift über Großwasserkraften der Main-Donau-Wasserstraße an der Reihe. Die Ausführungen des Hrn. Ministerialrates a. D. Dr.-Ing. Eduard Faber in München (No. 41 der „Deutschen Bauzeitung“ vom 25. Mai 1921) bilden ein Glied in dieser Kette ständiger Kritik.

Ich will mich darauf beschränken, Hrn. Faber zu erwidern, daß Warnungen und Mahnungen es fertig gebracht haben, daß das seit 15 Jahren baureife Walchenseewerk immer wieder zurückgestellt wurde, sodaß es nun in der Zeit der größten Verteuerung gebaut werden muß; daß mein Plan für die Main-Donau-Großwasserkraften längst fertig war, bevor das von Hrn. Faber angeführte Wettrennen um Kanalwasserkraften einsetzte; daß meine Schrift nicht bloß für die Technik, sondern auch für Nichttechniker geschrieben ist, sodaß ihr Umfang schon deshalb beschränkt bleiben mußte. Die Herstellungskosten der Schrift spielten aber auch eine Rolle. Der Druck allein erforderte schon einen Aufwand von 60 000 M., die ich aus eigener Tasche bezahlte. Mein Plan stützt sich dann aber auch nicht auf Talsperren an geschiebeführenden Flüssen und nicht auf leere Zahlen für Wassermengen und Gefälle, wie Hr. Faber glauben machen will, sondern auf Jahrzehnte lange Beob-

achtungen der Landesstelle für Gewässerkunde. Die Durchführung meines Planes kann einen Eckstein im Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft bilden, von einem „Allheilmittel“ ist aber nirgends die Rede.

Meine Main-Donau-Denkschrift hat nicht versagt, wie Hr. Faber behauptet. Sie hat dem deutschen Volk den Weg gewiesen, auf welchem bei vollständig veränderter Wirtschaftslage und unter der großen Verteuerung die Durchführbarkeit und Wirtschaftlichkeit der Main-Donau-Wasserstraße durch Wasserkraft-Gewinnung und Uebertragung, sowie durch die großen Einnahmen daraus gesichert wird. Die Schrift wurde von maßgebenden Tages- und Fachzeitungen und von angesehenen Männern glänzend beurteilt und von großen Städten und Wirtschaftsverbänden in Massen verbreitet. Ihr ist jetzt schon der Erfolg beschieden, daß der Main-Donau-Stromverband die ursprünglich in Aussicht genommene Einstellung des Main-Donau-Unternehmens auf die Schifffahrt aufgegeben und die geplante Wasserkraft-Leistung von nur 50 000 PS. auf 350 000 PS. gesteigert und eine weitere Steigerung bis zur äußersten Grenze beschlossen hat.

Dagegen haben Hrn. Fabers Schriften aus den früheren Jahren über die Main-Donau-Wasserstraße versagt. Diese konnten weder die Notwendigkeit noch die Möglichkeit oder die Wirtschaftlichkeit nachweisen, obwohl damals wesentlich günstigere Wirtschaftsbedingungen gegeben waren, als heute. So kam es, daß dem deutschen Volk im Weltkrieg beim Mangel an Nötigsten auch noch die Wasserstraßen-Verbindung vom Rhein, von der Elbe und von der Oder zur Donau und umgekehrt fehlte, daß die Massengüter vom Wasserweg auf die Eisenbahn und von der Eisenbahn auf die Wasserstraße umgeschlagen werden mußten, und daß die Wasserkraften, welche uns allein das Durchhalten ermöglicht hätten und unentbehrlich waren, nicht ausgenutzt zur Verfügung standen. —

München, den 7. Juni 1921.

Johann Hallinger, Zivilingenieur.

### Vermischtes.

**Ehrendoktoren technischer Hochschulen.** Dem Inhaber der Firma Windschild und Langelott in Dresden, Hrn. Fabrikbesitzer Wilh. Langelott, ist von der Technischen Hochschule zu Braunschweig „in Anerkennung seiner hervorragenden Verdienste um die Förderung der Betonbauweise“ die Würde eines Doktor-Ingenieurs ehrenhalber verliehen worden. —

Die Technische Hochschule in Aachen hat dem Geh. Reg.-Rat Professor Dr. phil. Ludwig Bräuler in Wiesbaden aus Anlaß des 50-jährigen Gedenktages seiner Promotion als Doktor der Philosophie „in Würdigung seiner großen Verdienste um die wissenschaftliche Belebung des Eisenbahnwesens und seiner Teilgebiete an der Technischen Hochschule in Aachen die Würde eines Doktor-Ingenieurs ehrenhalber verliehen. —

**Die Zurücksetzung der Postbaubeamten.** Von einem Postbaurat wird uns im Anschluß an unsere Mitteilungen in No. 30 über die Verhältnisse der höheren Baubeamten in der Postverwaltung Folgendes geschrieben:

Durch die neue Besoldungsordnung sind die höheren Postbeamten gegenüber den höheren Postbaubeamten in einer Weise bevorzugt worden, die man unter einem demokratisch gerichteten Reichspostminister nicht für möglich halten sollte. Während unter 780 höheren Postbeamten 333 in Kl. XII befördert worden sind, haben diese Stufe von 35 Postbaubeamten nur 5 erreicht. Das gleiche Verhältnis angewandt, würde sich ergeben:  $780 : 333 = 35 : x$ ;  $x = 15$ . Man hat den höheren Baubeamten also nur  $\frac{1}{3}$  der ihnen zustehenden Beförderungstellen gegeben. Während ferner auf 333 Stellen der Postbeamten 14 Abteilungs-Direktoren und 35 Präsidenten entfallen, haben die Baubeamten keine einzige solche Stelle erhalten. Nach dem Verhältnis stehen ihnen aber zu  $333 : 14 + 36 = 15 : x$ ;  $x = 2$ . Bei den Oberpostdirektionen Berlin und Frankfurt (Main) würde aber die Stelle eines Abteilungs-Direktors (Kl. XIII) durchaus gerechtfertigt sein. —

**Rücksichten im Stellen-Verkehr.** Zu diesem leidigen Thema, zu dem uns wiederholt schon Klagen zugegangen sind, erhielten wir die folgende Zuschrift, der wir gern Raum geben, da es sich um die Abstellung eines tatsächlichen Mißbrauches handelt:

228

„Ich habe mich um eine unter dem 24. Sept. 1920 vom Oberbürgermeister der Stadt Düsseldorf ausgeschriebene Stelle eines Stadtbaumeisters beim Hochbauamt I im Oktober vorigen Jahres beworben. Das Inserat befand sich in Ihrer Zeitung. Nicht nur habe ich meine Unterlagen, bestehend in Zeugnis-Abschriften, einer bei den heutigen Preisverhältnissen entsprechend kostbaren Mappe mit Photographien und Sonstiges nicht zurück erhalten, sondern es sind auch meine dreimaligen Erinnerungen vom 1. 2. 21, 4. 4. 21 und 29. 4. 21, — teilweise als eingeschriebene Briefe abgesandt — unberücksichtigt geblieben. Ich habe nun nicht anders gekonnt, als die Herausgabe der Unterlagen auf dem Klageweg zu betreiben, meine aber, daß es wohl berechtigt wäre, daß, wenn eine Behörde die Öffentlichkeit bei der Ausschreibung in Anspruch nimmt, sie auch wegen eines derartigen Verhaltens zu Recht in der Öffentlichkeit zur Rede gestellt wird, schon um andere Fachkollegen vor ähnlichen Fällen zu warnen.“ —

### Wettbewerbe.

**Im Wettbewerb betr. Entwürfe für ein Kreishaus in Gumbinnen in Ostpreußen** waren 43 Bewerbungen eingegangen. Das Preisgericht hat von der Erteilung des I. und des II. Preises abgesehen und dafür drei III. Preise von je 4000 Mark gebildet. Diese wurden verliehen den Entwürfen „Perkunos“ von Paul Engler in Gerdaun; „Bürohaus“ von Dipl.-Ing. Stallmann in Königsberg und „Erweiterung“ von Paul Boswau in Gumbinnen. Für je 1500 M. wurden angekauft Entwürfe von Hans Meier in Angerburg, Paul Schlipf mit Ulrich Klötze in Darkehmen, sowie W. Reden in Ortelsburg. —

**Wettbewerb Krankenhaus Velbert.** Infolge ungenauer amtlicher Anzeige ist der Name des Mitarbeiters des mit dem I. Preis gekrönten Entwurfes falsch wiedergegeben. Es muß statt Max Lentzsch heißen: Alex Lantzsch-Nötzel. Diesen Herrn Mitarbeiter aber müssen wir im beiderseitigen Interesse ersuchen, seiner Handschrift etwas mehr Sorgfalt zuzuwenden. —

Inhalt: Das Haus des Deutschen Werkbundes auf den Frankfurter Internationalen Messen. — Großwasserkraften an der Main-Donau-Wasserstraße. — Vermischtes. — Wettbewerbe. —

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin. Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin. Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.

No. 52.



## Bundestag des Bundes Deutscher Architekten in Kassel.

Der „Bund Deutscher Architekten“ hat am 27. und 28. Mai 1921 in Kassel seinen diesjährigen Bundestag abgehalten. Wir haben, wie auch schon früher nicht, zu dem Bundestag keine Einladung erhalten, sind daher nicht in der Lage, über die Versammlung aus eigener Wahrnehmung und als Ohrenzeuge zu berichten. So weit wir zu sehen vermögen, sind auch sonst an Fachzeitschriften und wohl auch an Tageszeitungen Einladungen zur Teilnahme an den Versammlungen nicht ergangen. Der Bund verfolgt vielmehr die Praxis, von sich aus Berichte über den Versammlungs-Verlauf zu versenden oder einzelne ihm nahe stehende Berichterstatter zur Berichterstattung in verschiedenen öffentlichen Organen zu veranlassen. So entsteht naturgemäß eine einseitige Darstellung und der Fernstehende gewinnt kein kritisches Bild über die Tätigkeit des Bundes. Wir veröffentlichen im Nachfolgenden einen uns von einer dem Bund nahestehenden Seite zugegangenen Bericht, tun das aber mit dem durch die vorstehenden Ausführungen notwendig gewordenen Vorbehalt, namentlich auch in Bezug auf Vollständigkeit. Es dürfte sich noch Gelegenheit finden, auf einzelne wichtige Punkte der Beratungen gesondert zurück zu kommen.

In der Stadthalle in Kassel begann unter zahlreicher Beteiligung der Mitglieder aus dem ganzen Reich die diesjährige Hauptversammlung des Bundes Deutscher Architekten. Der erste Verhandlungstag am 27. Mai war von Berichten erster Fachleute ausgefüllt, die den Bundestag über den Rahmen der bisher üblichen Form hinaus hoben. Geh. Hofrat Prof. Dr. Cornelius Gurlitt - Dresden, wies in seiner Eröffnungsrede darauf hin, daß die breite Öffentlichkeit immer noch nicht wisse, daß der Architekt nicht nur Pläne entwirft, sondern gleichzeitig Organisator und Leiter des Baues ist und ihn praktisch und



künstlerisch zur Vollendung bringt. Redner verlangt größere Einsicht der Behörden nach der Richtung, daß öffentliche Bauten nicht durch die jeweiligen Baubeamten, sondern durch den geeignetsten Architekten ausgeführt werden. Dem häufig zugesagten Wohlwollen müßten endlich Taten folgen, die Fortentwicklung der deutschen Baukunst erfordere das dringend.

Namens des Oberpräsidenten, des Regierungspräsidenten und des Landeshauptmanns begrüßte Hr. Ober-Regierungsrat Coßmann-Kassel die Versammlung. Die Staatsbehörden, so bemerkte er u. a., bringen den Bestrebungen des B.D.A. großes Interesse entgegen, insbesondere den wirtschaftlichen und sozialen Fragen. An der Spitze stehe die Behebung der Wohnungsnot. Dieses Problem werde am stiefmütterlichsten behandelt, denn trotz der bestehenden Schwierigkeiten könne mehr getan werden. Auf der einen Seite gänzlich unzureichende Unterbringung der Bevölkerung und dadurch schwere Schädigung der Volkswohlfahrt — auf der anderen Seite tausende feiernde Hände. Baustoffe sind genügend vorhanden. Wenn für irgend einen Zweck Gelder flüssig gemacht werden müßten, dann in erster Reihe für die Bautätigkeit. Es müssen Vorbedingungen getroffen werden für die Wiederaufnahme der privaten Bautätigkeit, die Beschränkungen müssen fortfallen, die Zuschüsse reichlicher fließen. Die staatlichen Behörden sind bereit, praktische Anregungen entgegen zu nehmen und sie gewissenhaft zu prüfen.

Dann bewillkommnete Oberbürgermeister Scheidemann die Versammlung, ihr besten Erfolg wünschend. Auch er hält die Bekämpfung der Wohnungsnot als äußerst wichtig für die Wiedererstehung unseres Volkes und weist darauf hin, daß er bemüht gewesen ist, in Kassel die Privatarchitekten in weitestem Umfang zu Wohnungsbauten hinzu zu ziehen.

Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. G. Bestelmeyer-Berlin berichtete nun über das Thema „Der deutsche Baukünstler und sein Verhältnis zum Staatsorganismus und zum deutschen Volksleben“. Er bezeichnet es als eine schwere Schädigung der deutschen Baukunst, daß im Staatsdienst die Bauten dem „zuständigen“ Baubeamten zufallen, gleichviel ob er für die Ausführung befähigt ist oder nicht. Er wolle nicht, daß der B.D.A. gegen die Staatsbaubeamten Sturm laufe, wohl aber gegen die Mißstände, welche die Staatsbauverwaltung mit sich bringt. Dem tüchtigen Architekten müsse freie Bahn geschaffen werden, gleichviel, ob er Baubeamter ist oder frei schaffender Künstler. Dagegen wendet sich der B.D.A., daß eine Reihe tüchtiger Privatarchitekten brach liegt, während andererseits beamtete Architekten bedeutende Aufgaben mit Mißerfolg durchführen. Jede Bauaufgabe verlangt eine Persönlichkeit, nicht einen Beamtenapparat. Die Persönlichkeit muß die Verantwortung für das Werk tragen. Weil sich unter den frei schaffenden Architekten mehr schöpferische Kräfte befinden als unter den Beamten, so müßten erstere auch mehr zu öffentlichen Bauten hinzu gezogen werden. Der Einwand, daß durch Heranziehung der Privatarchitekten der Aufwand größer werde, ist bei genauer Berechnung nicht stichhaltig. Bestelmeyer wendet sich auch gegen die Bevormundung seitens der Baubehörde, die in künstlerischer Hinsicht abgelehnt werden müsse. Als Grundübel für die Erziehung der Architekten bezeichnet Redner das Regierungsbaumeister-Examen. Dieser Titel sei irreführend für die Öffentlichkeit, indem er den Anschein erweckt, als ob sein Träger nach jeder Richtung befähigt sei. Die „Akademie des Bauwesens“ sei wohl eine gut gedachte, infolge ihrer Zusammensetzung aber sehr sterile Behörde, die in der Mehrzahl befindlichen Beamten können die Privatarchitekten überstimmen.

Professor Heiner Straumer-Berlin bemerkte in Unterstützung der Ausführungen des Vorredners, daß bisher die kulturelle Einstellung auf das neue Zeitalter gefehlt habe. Alle staatlichen Bauaufgaben seien Aufgaben der Kunst, der Staat hätte auf ihre Ausführungen in eigener Regie zu verzichten und nur die Verwaltung beizubehalten. Folgende programmatische Erklärung fand die Zustimmung des Bundestages: „Die deutsche Baukunst, zur Führung der deutschen Lebenskultur berufen, erhebt den Anspruch, daß jedes Bauwerk, das öffentliche wieder das private, einem Baukünstler anvertraut wird. Mit dem Wesen baukünstlerischen Schaffens ist es unvereinbar, daß „Verwaltungen“ Bauten entwerfen und ausführen. Alle deutschen Baukünstler kämpfen im ehrlichen Wettbewerb um baukünstlerische Aufträge. Für die Auftrags-Erteilung dürfen

nur die Fähigkeit und Vertrauenswürdigkeit des Bewerbers ausschlaggebend sein. Jeder zur Ausführung eines Bauwerkes verantwortlich berufene Architekt muß von der Bevormundung durch Verwaltungsstellen befreit werden. Der B.D.A. richtet an alle gleichstrebenden Verbände die Aufforderung, diese Forderungen zu den ihren zu machen“.

Der zweite Bundesvorsitzende, Architekt Kröger-Hannover, berichtete über seine Tätigkeit im Reichswirtschaftsrat und bemerkte u. a., daß sich bezüglich der Frage des Wiederaufbaues der zerstörten Gebiete Nordfrankreichs in den nächsten Tagen ein Ausschuß zu Verhandlungen nach Paris begeben werde. Kröger gehört dem Ausschuß als Vertreter des B.D.A. an und er ermahnte, falls es zur Mithilfe Deutschlands am Wiederaufbau kommt, nur gute sachgemäße Arbeit zu leisten, damit jede Beantwortung seitens der Franzosen vermieden wird.

Ueber „Baukunst und Öffentlichkeit“ berichtete am folgenden Tag als Gast Kunstschriftsteller Fritz Stahl aus Berlin. Die Architekten tragen selbst die Schuld daran, sagte er u. a., wenn die Baukunst in der Öffentlichkeit nicht die ihr gebührende Stelle einnimmt. Viele Millionen werden für den Ankauf von Bildern ausgegeben, die der Kunsthändler nicht los werden konnte, während zum Bauen diese Summe zweckdienlicher verwendet worden wären. Aber Bildersammlungen gelten ja als Zeichen der Vornehmheit. Redner empfiehlt Aufklärung der Öffentlichkeit durch Baukunst-Sammlungen in den Städten, wo in Abbildungen oder Modellen gezeigt wird, was in der betr. Stadt baukünstlerisch Gutes vorhanden ist. Diese Baukunst-Sammlungen sollten an Ausstellungen der Malerei und Plastik angegliedert werden. Ferner müßte bei Baukunst-Ausstellungen die Gleichberechtigung mit den Schwesterkünsten verlangt werden, allmählich werde dann die Architektur in der Öffentlichkeit die ihr zukommende Stellung erhalten.

Architekt Vöpel-Kassel sprach über die Neuorganisation der Architekten-Ausbildung, die jetzt schwere Mißstände aufweist. Es fehle insbesondere die Fühlungnahme zwischen Lehrtheorie und Praxis. Die Ausbildung, namentlich an den preußischen Hochschulen, sei fast ausschließlich auf den Baubeamten zugeschnitten. Bauschulen und Hochschulen müßten so ausgestaltet werden, daß sie in sich selbständige Organismen darstellen. Hinsichtlich der akademischen Ausbildung der Architekten ist zu fordern, daß der erste Abschnitt des Studiums streng geregelt wird, dagegen müßte der zweite Abschnitt freier gestaltet werden je nach Veranlagung und Neigung des Einzelnen. Die Abgangsprüfungen sollten nicht schematisch erfolgen, sie müßten nach den besonderen Fähigkeiten des Einzelnen vorgenommen werden können. Einwänden des Staates könnte man begegnen mit dem Hinweis, daß der Staat tüchtige Verwaltungsbeamte braucht und daß im Uebrigen Gelegenheit zur Ausbildung nach jeder Richtung vorhanden ist. Redner hält die einheitliche Gestaltung des Unterrichtes auf den deutschen Ausbildungsstätten für Architekten für unerläßlich und empfiehlt die Schaffung einer deutschen Zentralstelle, die in Verbindung mit den Zentralstellen der Bundesstaaten stehen müßte. Ein Ausschuß des B.D.A. sollte dauernd in Fühlung mit den zuständigen Behörden hinsichtlich aller Fragen des baukünstlerischen Unterrichtes stehen.

Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Seesselberg-Berlin beleuchtet vom Standpunkt des Akademikers die Entwicklung des technischen Unterrichtswesens. Reformen sind dringend notwendig, dem Kultusminister ist ein Reformprogramm vorgelegt worden und es wäre höchste Zeit, daß nun Taten erfolgen.

Der Bundestag beauftragte den Vorstand, Schritte zu tun, daß die vom B.D.A. angeregte Reform des baukünstlerischen Unterrichtswesens raschestens in die Wege geleitet wird.

Zur Frage der Sozialisierung der Bauwirtschaft kam die Meinung zum Ausdruck, daß der B.D.A. eine neutrale Haltung gegenüber solchen sozialisierten Betrieben einnehmen solle, die auf privatkapitalistischer Grundlage beruhen. Dagegen bestehen Bedenken gegen die Entstehung gemischt-wirtschaftlicher Betriebe. Es wurde die Bildung eines Ausschusses beschlossen, der die Versuche zur Sozialisierung des Bauwesens beobachten und dem nächsten Bundestag Vorschläge zur Stellungnahme vorlegen soll.

Hinsichtlich der Erstellung von Siedlungsbauten wurde lebhaft darüber Klage geführt, daß die Baubeamten den weitaus größten Anteil an der Erstellung dieser Bauten hätten trotz der größeren Erfahrung der Privatarchitekten



und ihrer Notlage. Es soll mit Nachdruck gegen diesen Uebelstand vorgegangen werden. Dasselbe gilt für alle mit Kostenzuschuß zu erstellenden Wohnungsbauten. — Ferner wurde ein Beschluß gefaßt, nach dem vom Standpunkt des Bürgers und Steuerzahlers die staatlichen und städtischen Behörden um Nachweis der mittelbaren und unmittelbaren Kosten für Bauten ersucht werden sollen. Das Ergebnis werde in vielen Fällen zwecks Erzielung von Ersparnissen zur Uebertragung von Bauten an Privatarchitekten führen. — Eine Anzahl Leitsätze für die wirksame Förderung des Wohnungsbaues, wie allmählicher Abbau der Zwangswirtschaft, zweckmäßige Verwendung der aus der Mietabgabe fließenden Mittel zur Belegung der privaten Bautätigkeit, Erleichterungen für die Baustoff-Herstellung und ihre Beförderung fanden die Zustimmung des Bundestages. Eine ständige Kommission wird die Verwirklichung der Grundsätze anstreben. —

**Unterbadischer und Mannheim-Ludwigshafener Architekten- und Ingenieur-Verein** (Schluß aus No. 3). Das Bad wurde im Mittelpunkt der Stadt errichtet. Den Anstoß zu seiner Errichtung gab eine Stiftung des verstorbenen Stadtrates Herschel in Höhe von 500 000 M. Der Bauplatz hat eine Größe von 5795 qm, davon sind überbaut 4529 qm. Die Anlage ist damit die zurzeit größte in Deutschland. Sie enthält eine große Mittelhalle, in ihr befindet sich die Kasse. Von der Mittelhalle sind alle Badeabteilungen mit Ausnahme der III. Schwimmhalle unmittelbar zugänglich. Auf der Südseite schließt sich an die Männer-Schwimmhalle mit einem Schwimmbecken von 27,9 · 12,17 m und 3 m Tiefe, einer Wasserfläche von 339,54 qm mit 74 Auskleidezellen und 97 Auskleideplätzen. Auf der Nordseite die Frauen-Schwimmhalle mit einem Schwimmbecken von 21,75 · 13,5 m, einer Wasserfläche von 216,81 qm. Die Tiefe beträgt 2,95 m. 60 Auskleidezellen und 52 Auskleideplätze.

Eine **Wannenbad-Abteilung I. und II. Klasse** für Männer und Frauen hat 33 Wannenbäder in 2 Geschossen und 4 Gruppen; sie ist erweiterungsfähig durch Ausbau des Untergeschosses auf 49 Wannen. Ein **Dampfbad** besteht aus einem zweigeschossigen Ruheraum, Duscheraum, Dampfraum, Massageraum, Warmluft- und Heißluftraum, schottischer Dusche, Lichtbad, Reinigungsraum und Sonnenbad, mit einer Gesamtfläche von 591,39 qm; dazu 2 Reserveräume.

Der Weg nach den Schwimmhallen führt an der 22,5 m langen **Wäscheausgabe** vorbei, mit 2000 Fächern zur Aufbewahrung von den Badegästen gehöriger Wäsche. An die Wäscheausgabe schließt sich nach Osten die **Wäscherei** an, die nicht nur die Badewäsche, sondern sämtliche Büro- und Schulwäsche der Stadt zu reinigen hat. Unter der Wäscherei liegen die Maschinenräume, an diese schließen sich an das Kesselhaus und der Kohlenbunker.

Die **III. Schwimmhalle** hat mit Rücksicht auf den hier zu erwartenden starken Verkehr einen besonderen Zugang erhalten. Das Schwimmbecken in dieser Halle hat eine Länge von 22,78 m und eine Breite von 11,54 m, eine Wasserfläche von 262,88 qm, eine Wassertiefe von 3 m; sie enthält keine Zellen, sondern nur 158 Auskleideplätze in 2 Geschossen. In den 3 Schwimmhallen können mithin gleichzeitig 441 Personen baden.

An Nebenanlagen sind vorhanden:

In der **Männerschwimmhalle** die Einrichtung für Betrieb eines **Wellenbades**, ferner sehr reichliche Reinigungsräume und zwar in der Männerschwimmhalle 12 Fußwannen und 7 Brausen, in der Frauenschwimmhalle 12 Fußwannen und 7 Brausen und 7 Brausezellen; ferner ein Frisier-Raum; in der III. Schwimmhalle 28 Fußwannen und 14 Brausen.

Sehr geräumige **Abortanlagen**, die dadurch besonders groß gestaltet werden konnten, daß ihre Unterbringung im Untergeschoß möglich war. Ein **Hundebad** mit den üblichen Einrichtungen, ferner 2 Ankleideräume für das Personal, eine Kantine, einige Werkstätten und Personal-Aborte, 10 Aufenthaltsräume für die Wärter bei den einzelnen Bade-Abteilungen.

Als nicht zur Badeanlage gehörig wurde über den Wannenbädern in zwei Geschossen eine **Volksbücherei** geschaffen für 50 000 Bände, mit 3 Lesesälen und Nebenräumen mit einer Gesamtgrundfläche von 860 qm, Räume, die später einmal zu einer Erweiterung des Wannenbades benützt werden können.

Im Erdgeschoß befinden sich noch die Räume für einen Friseur, im Untergeschoß eine zentrale Lüftungsanlage, im Erdgeschoß ein Dienstzimmer für den Verwalter, in einem besonderen Dienstwohngebäude liegen drei Dienstwohnungen für den Verwalter, 1. Maschinisten und 1. Heizer.

Die ganze Anlage hat einen umbauten Raum von 64 460 cbm und die Kosten betragen etwa 2 150 000 M., das cbm umbauter Raum kostet demnach 33,35 M.

Die Anlage wurde entworfen und ausgeführt durch Stadtbaurat Perrey, der maschinentechnische Teil durch Stadtbaurat Volckmar. Die hauptsächlichsten Mitarbeiter waren vor dem Krieg Regierungsbaumeister Kneuker und Bauführer Kolb, während des Krieges Dipl.-Ing. Gerach, die Bauführer Pfitsch, Eckert und Elzer.

Ueber Aufgaben der Bautechnik in der Gemeindeverwaltung sprach am 6. Dez. 1920 Stadtbaurat Ehlgötz. Redner ging davon aus, daß die Stadtverwaltungen seit den Stein'schen Reformen von solcher Einflußfülle und solchem Arbeits-Umfang herangereift sind, daß die Wahrung ihrer Pflichten sie zu einer tiefwirkenden Bewegungskraft in der heutigen Kultur macht. Welche Menschenmassen heute im Gegensatz zu früher in den Städten zusammengeballt sind, erhellt daraus, daß zu Beginn des 19. Jahrh. kaum 15 % aller Deutschen in Städten wohnten, während heute die Zahl der Städter bereits größer ist als die der Landbewohner. In den Großstädten finden wir in dem genannten Zeitraum eine Vermehrung von 230 %.

Dieser gewaltige Aufschwung der Städte hat der Technik eine Reihe bedeutungsvoller Aufgaben gestellt, deren Lösung für die gesunde Entwicklung unserer Städte von großem Einfluß ist. Eine der wichtigsten Aufgaben fällt dem Städtebau zu, der den allgemeinen Boden vorbereitet, auf welchem sich die bauliche Einzeltätigkeit entfaltet. Der moderne Städtebau hat einerseits den ästhetischen Anforderungen der Architektur Rechnung zu tragen, wie er andererseits auf den Bedingungen des städtischen Tiefbaues fußt. Er fordert zunächst die Aufstellung eines General-Siedlungsplanes, dessen Gerippe das Verkehrsnetz (Eisenbahnen, Straßenbahnen, Straßen, Flugplätze usw.) abgibt. Zur gemeinsamen Bearbeitung dieses Gerippes empfiehlt sich die Gründung von Zweckverbänden zwischen benachbarten Gemeinden und Kreisen. Grünflächen sind mit besonderer Sorgfalt zu behandeln. Sie müssen so angelegt werden, daß die Bevölkerung sie zur Erholung leicht erreichen kann und daß Volksspiel- und Sportanlagen auf ihnen untergebracht werden können. In diesen General-Siedlungsplan gliedern sich die einzelnen Stadterweiterungs-Gebiete ein, bei deren Entwürfen es sich um eine praktische Lösung der Wohnungsfrage handelt. Bei der allgemeinen Bewegung „Los von der Mietskaserne“ wird als Ideal das Einfamilienhaus mit Gartenland angestrebt. Dieses Ziel wird sich auf dem Land und in der kleineren Stadt eher erreichen lassen. In der großen Stadt muß unter den heutigen Verhältnissen das Streben darauf gerichtet sein, daß die Bedeutung der pathologischen Erscheinung der Mietskaserne vermindert wird zugunsten des kleineren Miethauses mit höchstens 6 Wohnungen und des Ein- und Zweifamilienhauses, denn in der kulturellen Entwicklung der Heimstätte liegt die Wurzel der Staatskraft.

Von besonderer Bedeutung für die Entwicklung der Gemeinde ist es, wenn sie das Glück hat, am Meer, an einem See oder an einer Binnenwasserstraße zu liegen. Einschneidende wasserbautechnische Aufgaben fallen dann diesen Gemeinden zu. Zunächst gilt es, die durch das Wasser bestehenden Gefahren zu beseitigen (Hochwasserschutz, Verbesserung der Vorflut). Alsdann erfordert die Schiffbarmachung der Flüsse und die Anlage der hierfür erforderlichen Verkehrseinrichtungen die Aufmerksamkeit der Stadtverwaltung. In vollem Maß sind die Vorteile seiner Lage beispielsweise Mannheim erst zugut gekommen, nachdem die preußische Regierung durch Beseitigung der Schifffahrts-Hindernisse auf der Durchbruchstrecke durch das rheinische Schiefergebirge die Schiffbarkeit des Rheines verbessert hatte. Jetzt erst konnten die bedeutenden Hafenanlagen in der Niederung zwischen Rhein und Neckar entstehen. Als es dann galt, die durch die Verlängerung der Schifffahrts-Straße bis Straßburg der Stadt Mannheim drohenden Schäden zu paralysieren, erfolgte die Anlage des Industriehafens mit einer Besiedlungsfläche von rund 100 ha; diese Fläche ist bereits nahezu restlos besiedelt, sodaß schon Vorarbeiten für eine Erweiterung der Hafenanlagen in Angriff genommen werden mußten. Weitere wasserbautechnische Aufgaben erwachsen der Stadt Mannheim durch die nunmehr beginnende Neckar-Kanalisation.

Zu den wichtigsten Maßnahmen für die Gesundheitspflege in den Städten, bei denen der Techniker zu entscheiden hat, gehören die Beseitigung von Abfallstoffen und die Zuführung guten Wassers. Beide Maßnahmen sind von großer Bedeutung für die Gesundheit der Stadtbevölkerung. Typhus-Epidemien treten erfahrungsgemäß dort am verheerendsten auf, wo diesen Aufgaben nicht die erforderliche Sorgfalt gewidmet wurde.

Solche gewaltige bautechnische Aufgaben in der Gemeinde, wie sie hier nur lückenhaft aufgeführt werden konnten, berechtigen die Techniker zu der Forderung, daß eine ihren Wünschen entsprechende Aenderung der Verwaltung auch sichtbar ihren Ausdruck finden müsse durch eine



andere Besetzung der Verwaltungsstellen. Denn sonst ist der organische Zusammenhang aller Teile unseres Wirtschaftslebens nie zu erreichen. Das bedeutet nicht eine einseitige berufliche Auswahl, sondern eine Sicherung dafür, daß die Verwaltungsstellen für Alle, also auch für jene Techniker zugänglich sein müssen, die den ehrlichen Willen und die Fähigkeiten haben, die Verwaltung im neuen Geist zu führen. Nicht Abschließung zugunsten einzelner Berufsstände, sondern Aufschließung für den Zustrom tüchtiger, aufstrebender Kräfte aus allen Berufsschichten, das soll für die Zukunft die Richtschnur sein. Die so von neuen Menschen mit neuen Ideen befruchtete, auf neuen Wegen geführte Verwaltung wird für den Wiederaufbau unseres Vaterlandes Kräfte schaffen, die ihr auch die schwerste kommende Zeit überwinden helfen. —

**Rothenburger Verband akademischer Architekten-Vereine deutscher Sprache.** Der Rothenburger-Verband akademischer Architekten-Vereine deutscher Sprache ist Mitte Mai in Dresden zu neuem Leben erstanden. Der vor dem Krieg alljährlich in Rothenburg ob der Tauber stattgefundene Verbandstag wurde vom 8.—11. Mai 1921 in Dresden abgehalten. Da der Verband nur akademische Architekten-Vereinigungen mit reinem Fachprinzip aufnimmt, wobei es gleichgültig ist, ob es sich um eine Korporation oder um freie Vereine handelt, so mußten die dem Verband bisher angehörenden akademischen Architekten-Vereine „Vitruvia“ in Karlsruhe und „Vitruvia“ in Stuttgart ausscheiden, da sie das Fachprinzip aufgegeben haben. Der akademische Architekten-Verein „Architectura“ in Zürich mußte ausscheiden, weil er international geworden ist. Anstelle dieser ausgeschiedenen Vereine schlossen sich dem Rothenburger Verband neu an die akademischen Architekten-Vereine in Graz, Wien und Brünn. Der akademische Architekten-Verein Prag konnte sich mangels ungenügender Vollmachten seines Stellvertreters noch nicht anschließen; doch steht sein Anschluß unmittelbar bevor. Der Rothenburger Verband besteht nunmehr aus den akademischen Architekten-Vereinen in Aachen, Berlin Braunschweig, Brünn, Danzig, Darmstadt, Dresden (Technische Hochschule), Dresden (Club „Akanthus“ an der Akademie der bildenden Künste), Graz, München und Wien. Alle Vereine hatten 1 oder 2 Vertreter entsandt. Mit besonderer Freude wurden die Vertreter der deutschen Diaspora Danzig, Prag, Graz, Wien und Brünn und der Ausschuß ihrer Vereine, soweit sie nicht bereits dem Verband angehörten, begrüßt. Außer dem akademischen Architekten-Verein Prag umfaßt der „R.-V.“ nunmehr alle bestehenden A. A. V. an den deutschsprachlichen technischen Hochschulen und Kunstakademien.

Da nach dem Krieg die Vorkriegsverhältnisse sich wesentlich verändert haben, und um die Aufnahme der österreichischen und in der Tschechoslowakei bestehenden deutschen Brüdervereinigungen zu ermöglichen, waren umfangreiche Änderungen der Durchführungs-Bestimmungen der bestehenden Grundsätze notwendig. Die Grundsätze selbst wurden erneut bestätigt. Ihre Kernpunkte sind:

1. Es dürfen nur Fachvereine dem Verband beitreten.
2. Diese müssen rein deutsch-völkischer Art sein.
3. Jedes Jahr soll ein Verbandstag in einer mitteldeutschen, schönen Stadt, möglichst Rothenburg, stattfinden.
4. Die Vereine sollen bei Festen gegenseitig Vertreter entsenden.
5. Jedes Jahr findet ein Verbands-Wettbewerb statt, an dem sich alle Vereine zu beteiligen haben. Die folgende Wanderausstellung des Ergebnisses soll den Verbandsmitgliedern zeigen, wie die gleiche Aufgabe im Norden und Süden, Osten und Westen deutschen Kulturgebietes behandelt und gelöst wird. Damit sollen das Verständnis der verschiedenen Art deutscher Volksstämme und eine gegenseitige Befruchtung gefördert werden.
6. Bei Hochschulwechsel werden die Verbandsmitglieder von selbst Mitglieder oder Verkehrsgäste des an der neuen Hochschule bestehenden Verbandsvereines.
7. Die alten Herren der dem Verband angehörenden Vereinigungen fördern und unterstützen alle Verbandsmitglieder beim Uebergang vom Studium in die Praxis.
- Neu hinzugekommen ist der Grundsatz:
8. Der Verband wirkt auf eine Reform des Hochschulstudiums im Sinn der vom „Bund deutscher Architekten“ hierfür aufgestellten Forderungen hin. Die Studienpläne der Hochbau-Abteilung sind so zu gestalten, daß, bei Wahrung der Eigenart jeder Hochschule, die Freizügigkeit ermöglicht oder erleichtert wird.

Gegen Schluß der Beratung ergreift Geheimrat Prof. Gurlitt in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des „B.

D. A.“ das Wort. Er entwickelte kurz die Ziele des „B. D. A.“, empfahl ein Zusammenarbeiten des „R.-V.“ mit dem „B. D. A.“ in Fragen der Studienreform, im Kampf um würdigere Bezahlung akademischer Büroangestellter gegenüber den z. T. besser bezahlten Mittelschultechnikern und im Kampf gegen die Bürokratisierung der Kunst. Mit dem „Bund technischer Angestellten“ seien bereits Unterhandlungen über eine solche Zusammenarbeit im Gang.

Die Ausführungen Gurlitt's wurden begeistert aufgenommen. Alle Verhandlungen und Beratungen wurden von einmütiger Zustimmung und Einheitlichkeit im Willen und in den Zielen bei allen Vertretern getragen und führten rasch zu Beschlüssen. An diesem Erfolg hatte die glänzende Vorarbeit des Vorortes Berlin großen Anteil. Dem A. A. V. Berlin wurde daraufhin erneut die Vororterschaft für das neue Verbandsjahr einstimmig übertragen.

Den Beratungen gaben die mannigfaltigsten Veranstaltungen einen durch herrliches Wetter begünstigten Rahmen. Den Vertretern wurden die reichen architektonischen Schönheiten Dresdens gezeigt und ihnen ein Ueberblick über die Kulturgeschichte der Stadt, die Bauprogramme der einzelnen Bauten und der geplanten Neubauten des Hygiene-Museums gegeben. Gurlitt führte in der Frauen-Kirche. Die Bühneneinrichtungen des Schauspielhauses wurden besichtigt. Ein Kommers und ein Ball vereinigten alle Vertreter zu froher Geselligkeit, wobei das Gefühl des gemeinschaftlichen Deutschtums und der Wille, deutsche Kultur und deutsches Wesen nicht unterkriegen zu lassen, sondern zu pflegen und fördern, wo immer es sei, begeistert zum Ausdruck kam. Eine Dampferfahrt führte die Vertreter nach Pillnitz und schließlich fand die Tagung mit einer gemeinschaftlichen Dampferfahrt der Vertreter mit Damen und Gästen nach Meißen, einer Besichtigung des dortigen Domes und der Albrechtsburg und einem frohen Abend im Burghof daselbst einen freudigen und harmonischen Abschluß. —

**„Die Arche“, Vereinigung Deutscher Architekten.** Unlängst haben sich in Königsberg nach erfolgtem Austritt aus dem „Bund Deutscher Architekten“ (B. D. A.) mehrere namhafte ostpreussische Architekten unter dem Namen „Die Arche“ zusammen geschlossen. Vorsitzender der „Arche“ ist Architekt H. Meier, Angerburg, Stellvertreter sind die Hrn. Prof. F. Lahrs und Prof. E. May in Königsberg. Mitglied kann jeder deutsche Architekt werden, der den Nachweis künstlerischer Befähigung und Betätigung erbringt; die Mitgliedschaft kann jedoch nur durch Berufung erworben werden. Die Vereinigung bezweckt den Zusammenschluß der tüchtigen deutschen Architekten zur Hebung ihres Ansehens, zum Schutz ihrer Arbeit, zur Förderung der Fachleistungen und zur Heranbildung eines fähigen Nachwuchses. —

**Eine Tagung des Verbandes der leitenden Gemeinde-Baubeamten Preußens** findet am 3. und 4. Juli in Goslar am Harz statt. Aus den Vorträgen erwähnen wir: „Die Wohnungsfrage 1921/22“ von Stadtmstr. Siedentopf in Cronenberg; „Das Akkord- und Prämiensystem bei Arbeiten der produktiven Erwerbslosen-Fürsorge“ von Stadtbmstr. Rödiger in Lennepe; „Der Lehnbau“ von Stadtbmstr. Niemeyer in Haan; „Berechnung des Dauerwertes der mit Baukosten-Zuschüssen erbauten Häuser und ihre Rentabilität in Bezug auf Mieten oder die Finanzierung dieser Bauten“ von Amtsbaumeister Ramm in Boehle; „Belebung und Förderung der privaten Bautätigkeit unter Berücksichtigung des neuen Einkommensteuer-Gesetzes (§ 59 und 59 a)“ von Stadtmstr. Schmidt in Wermelskirchen. Auf der Tagung werden auch Standes- und technische Frage besprochen und es findet mit ihr eine Besichtigung der Bauwerke und Anlagen Goslars statt. —

**50-jähriges Bestehen des Verbandes Deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine.** Mit der 46. Abgeordneten-Versammlung des „Verbandes Deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine“, die am 2. und 3. Sept. 1921 in Heidelberg stattfindet, wird die Feier des 50-jährigen Bestehens des Verbandes verbunden, das am 4. September durch eine Festsitzung in der Stadthalle zu Heidelberg und durch ein Festessen im Schloß gefeiert werden soll. Aus Anlaß der Versammlung wird eine haugeschichtliche Ausstellung veranstaltet und es findet neben der Besichtigung des Schlosses ein Ausflug nach Bad Dürkheim in der Pfalz statt, wo am 5. September die Reste der ehemaligen Benediktiner-Abtei Limburg besichtigt werden sollen. Die Sitzungen der Abgeordneten-Versammlung finden gleichfalls in der Stadthalle statt; sie weisen eine reiche Tagesordnung auf. Die Mitglieder der Einzelvereine des Verbandes sind berechtigt, den Beratungen der Abgeordneten-Versammlung als Zuhörer beizuwohnen. Möge die Jubelfeier des Verbandes eine zahlreiche Beteiligung finden. —